

## Editorial: Drogenpolitik zur Zeit des Kocherparcs und Platzspitzes und ihre Spätfolgen



Im Vorstand unserer Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen, die zu Beginn der 90er-Jahre gegründet wurde, arbeiten seither einige damals auf irgendeiner Art und Weise vom Elend der Süchtigen Betroffene. Alle engagieren sich ehrenamtlich mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln.

In den 90er-Jahren wurden verschiedene Vereinigungen gegründet, welche mit der Legalisierungslobby nicht einverstanden waren und gegen deren Drogenpolitik ankämpfen wollten, zum Beispiel «Gesunde Jugend», «Jugend ohne Drogen», «Ärzte gegen Drogen», «Vereinigung ehemals Süchtiger», sowie die «Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen», deren Präsidium ich ausübe. Aus Dankbarkeit, dass keines unserer vier Kinder jemals Interesse an Suchtmitteln zeigte, und ich dieses Problem nur aus dem Bekanntenkreis, von damals Hilfesuchenden und den Zuständen im Kocherpark in Bern kannte, engagiere ich mich seither auch bei der Herstellung unserer Informationsbulletins. Die Gründung dieser Vereinigungen war damals dringend nötig als Gegengewicht zu der ideologisch motivierten Drogenlegalisierungslobby.

### Drogenlegalisierungslobby an den Schaltstellen der Drogenpolitik

Damals wurden in der Deutschschweiz die Schaltstellen der Medien, der Fürsorge- und Sozialämter, aber auch der Drogenpolitik von sogenannten Fachleuten in Suchtfragen besetzt. Ihre Strategie war es, dass der Staat jedem Einzelnen «das Recht, Drogen konsumieren zu dürfen» einräumen müsse. Damit das Ausleben der Süchte die Gesundheit der Einzelnen nicht allzu stark beeinträchtigen könne, sollte der Staat saubere Rauschgifte selber anpflanzen oder einkaufen, kontrollieren und auf Rechnung der Krankenkassen abgeben. Damit die Schweizer Bevölkerung diesem Plan zustimmen würde, wurde der Drogenhandel und -konsum in den Städten ohne Intervention der Polizei so lange zugelassen, bis das Elend in den offenen Drogenszenen offensichtlich war. Auch die Sicherheit der Bevölkerung war nicht mehr gewährleistet. Mit

schauerlichem Bildmaterial von den offenen Drogenszenen versuchten die Medien, in der Bevölkerung einen Meinungsumschwung für eine Drogenliberalisierung zu erzwingen.

### Aus den Heroinabgabeversuchen ist eine eigentliche «Drogenindustrie» entstanden

Drogensüchtige Menschen wurden plötzlich nicht mehr als Kranke, sondern als Klienten behandelt, welche selber bestimmen sollten, was und wie viele Suchtmittel sie konsumieren wollten. Zwar wurde den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern bei der Abstimmung zu den Heroinabgabeversuchen versprochen, dass diese staatlichen Rauschgiftabgaben nach der Schliessung der offenen Drogenszenen als Überlebenshilfe für die Süchtigen notwendig sei, aber dass eine zeitliche Beschränkung, sowie ein Dosisabbau bis zur Abstinenz praktiziert würde. Natürlich wussten die Promotoren der Heroinabgabe auch



Die offene Drogenszene im Kocherpark in Bern, Anfang der 1990er-Jahre. Bild: SRF

von gescheiterten Drogenabgabeversuchen aus dem Ausland wie Schweden und England. Wie wir feststellen müssen, ist aus den 1995 gestarteten Experimenten eine eigentliche, staatlich bezahlte «Drogenindustrie» entstanden. Nationalrat Felix Gutzwiler zum Beispiel profitierte indirekt von den Drogensüchtigen. Gutzwiler sass jahrelang im Verwaltungsrat der Siegfried AG, welche das lukrative Geschäft mit der Methadonherstellung tätigt.

### Einflussnahme der Medien auf die Drogenpolitik

«In einer Demokratie geschieht letztlich das, was das Volk in seiner Mehrheit meint und will. Was es aber meint und will, hängt von den Informationen ab, die ihm vermittelt oder vorenthalten werden.» Diese Feststellung von Prof. Kriele, Köln, trifft insbesondere für die Drogenpolitik zu. Deshalb ist unsere Stimme wichtig, aber ihr Gehör zu verschaffen schwierig!

### Propagandawalze der Drogenlegalisierungslobby

Heute setzt leider wieder dieselbe Drogenlegalisierungslobby, welche in den 90er-Jahren die Abstimmung zur Droleg-Initiative mit 74% Nein-Stimmen, aber auch die Cannabislegalisierung mit 68% Nein-Stimmen verloren hat, alle Hebel in Bewegung, um das Betäubungsmittelgesetz zu verwässern, zu unterlaufen und neuerdings



Bild: pixabay.com

mit einem «Experimentier»-Artikel ad absurdum zu führen. Eine solche Verharmlosung und Legalisierung (nach der Drogenlegalisierungslobby «Regulierung») würde bestimmt eine Zerstörung vieler wertvoller Menschenleben zur Folge haben, Verschiedene Beteiligte und bankrotte Staaten wittern eine lukrative Einnahmequelle, unterstützt in ihren verwerflichen Absichten durch die Hochfinanz. Die Abstimmungskampagnen in den USA wurden mit Geldern von Milliardären wie George Soros finanziert.

### Von der Legalisierungslobby pro-vozierte «offene Drogenszenen»

Die Schweizer Stadtregierungen waren anfangs der 90er-Jahre mehrheitlich der Ansicht, dass eine offene, «überwachte», mit sauberen Spritzen belieferte Drogenszene «vorerst» toleriert werden müsse. Nur mit einer ausufernden, offenen Drogenszene mit ungeheurer Sogwirkung über die Schweizer Grenzen hinweg, wo Raub, Diebstahl, Hehlerei und Mord an der Tagesordnung waren, konnte die Bevölkerung für den nächsten Schritt der Drogenlegalisierungslobby, nämlich die Einführung niederschwelliger Angebote, empfänglich gemacht werden. Dazu wurden die Medien benutzt: Bilder der offenen Drogenszenen und Stories von Einzelschicksalen Drogensüchtiger gingen um die Welt. Gebetsmühlenartig wurden perfide Behauptungen der Drogenlegalisierungslobby veröffentlicht:

- Die schlimmen Folgen der Heroinabhängigkeit würden nicht

durch das Rauschgift Heroin verursacht, sondern durch die Illegalität und den verunreinigten Stoff.

- Die Bestrafung von Drogenkonsumenten widerspreche dem Grundsatz, wonach selbstschädigendes Verhalten als nicht zu bestrafen gelte.
- Die sich ausbreitende Drogenepidemie bewiese, dass die Repression gegenüber Drogendealern und -konsumenten versagt hätte, und deshalb das Betäubungsmittelgesetz revidiert werden müsse.

Vielerorts durfte die Polizei ihren eigentlichen Auftrag, wie er im Betäubungsmittelgesetz und im Strafrecht festgeschrieben ist, nicht wahrnehmen.

Die Mitglieder der Schweizerischen Vereinigung «Eltern gegen Drogen» wollten nicht mehr länger zusehen, wie unsere Kinder wegen der Verharmlosung des Kiffens zum Joint griffen und sich «Russischem Roulette» gleich dem Risiko aussetzten, an einer Depression, Psychose oder Schizophrenie zu erkranken.

Auch die negativen Resultate von staatlichen Heroinabgabeversuchen in Schweden und England wurden der Schweizer Bevölkerung vorenthalten. Diese zeigten aber, dass die meisten Heroin- oder Methadonabhängigen polytoxikoman (süchtig auf verschiedene Rauschgifte) sind und somit – trotz staatlicher Versorgung mit dem Rauschgift Heroin – noch auf dem Schwarzmarkt anzutreffen sind. Deshalb gaben diese beiden Länder diese teuren, nicht nachhaltigen Programme wieder auf

### Gefährliche Verharmlosung und Verfügbarkeit von Suchtmitteln

Zu dieser Zeit war ich besorgte Mutter von vier Jugendlichen. Den jungen Menschen wurde suggeriert, dass Rauschmittel zu einem coolen Lebensstil gehörten. Auch war es möglich, überall zu Drogen zu kommen, und es gab immer mehr Abhängige, welche sich jahrelang unbehelligt mit Drogen vollpumpen konnten.

Denn sogar die Plakatkampagne des

## Aus dem Inhalt

- 1 Editorial: Drogenpolitik zur Zeit des Kocherparks und Platzspitzes und ihre Spätfolgen
- 3 Immer mehr Pflegefälle bei Heroinabgabe
- 4 Besuch einer Selbsthilfegruppe der Narcotics Anonymous – ein Erlebnisbericht
- 5 Hilferuf: «Unser Sohn ist heroinsüchtig!»
- 6 Nationalrätin fordert Cannabis-Prävention – Bundesrat lehnt ab
- 6 Cannabis-Besitz in der Schweiz: Jugendliche können nicht mehr zu einem Präventionskurs verpflichtet werden
- 8 Kinder- und Jugendärzte warnen vor Legalisierung von Cannabis

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

Bundesamtes für Gesundheit (BAG) machte uns weis: «Jeder Süchtige schafft den Ausstieg», denn jeder Jugendliche hätte das Bedürfnis, Suchtmittel zu konsumieren. Dass aber jedes Suchtmittel ein Suchtpotenzial hat – Heroin und Kokain ca. 90%, d.h. nach zwei, drei Versuchen werden 90 von 100 Menschen süchtig nach diesen Substanzen – wurde verschwiegen. Aus Unwissenheit gerieten zu dieser Zeit viele junge Menschen in die Drogen. Auch Eltern, Behördenmit-

glieder, Politiker/-innen waren oft betreffend Suchtmitteln und deren Auswirkungen, aber auch über die vielen wissenschaftlichen Studien im Ausland, schlecht informiert.

### Vernachlässigte Drogenprävention

Wer hat schon eine Präventionskampagne gegen Cannabis- oder Kokainkonsum gesehen? Wir sind der Meinung, dass Beratende und Behandelnde im Suchtbereich sich auf das Absti-

renz- und Ausstiegsziel zu verpflichten haben. Das BAG müsste beauftragt werden, sich mit Präventionskampagnen für erfolgreiche Massnahmen analog des Isländer Projekts einzusetzen und die überholten Liberalisierungsideen der 1968er- und 1990er-Jahre ad acta zulegen. **Dies zum Wohle unserer Kinder und der ganzen Bevölkerung.**

**Sabina Geissbühler-Strupler**, Präsidentin der Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen

## Immer mehr Pflegefälle bei Heroinabgabe

Die Patienten der Heroinabgabe in Bern werden immer älter - und sie sind zusehends pflegebedürftig. Das geht aus dem Jahresbericht 2018 hervor, den die Heroingestützte Behandlung KODA publiziert hat. Seit 1994 gibt sie Heroin, Methadon und andere Opioide an schwerstabhängige Drogensüchtige ab. Um die 200 Personen werden zurzeit in Bern behandelt. Viele von ihnen befinden sich im gesetzten Alter, wie der Jahresbericht zeigt. 2008 waren bloss 20 Prozent der Patienten älter als 45 Jahre. Nun sind es bereits 64 Prozent. Der Anteil der Bezüger, die jünger sind als 30, sank von neun auf vier Prozent.

### Mehr Pflegetage

Stark angestiegen ist die Anzahl stationärer Pflegetage. 2018 fielen 3'500 Tage an, was einer Zunahme gegenüber dem Vorjahr um fast 30 Prozent

entspricht. Als Grund nennt KODA die altersbedingt erhöhte Pflegebedürftigkeit der Patienten. Immer mehr von ihnen werden nicht nur stationär in Spitälern, sondern in Kranken- und Pflegeheimen untergebracht.

Die Zahl der Patienten, die einem Erwerb nachgehen, war 2018 leicht rückläufig. Werde dieser Verlauf anhalten, könne dies auf den sich stetig verschlechternden Gesundheitszustand der KODA-Klientel zurückzuführen sein, heisst es im Jahresbericht. KODA betont aber, dass nach wie vor mehr als 20 Prozent der Patienten einer Beschäftigung in der Privatwirtschaft nachgehen oder eine Ausbildung absolvieren.

### Abgabe nicht nur in Bern

Im Kanton Bern werden Heroin, Methadon und andere Opioide auch

noch in Thun, Burgdorf und Biel abgegeben. Ins Programm aufgenommen werden Menschen, die seit mindestens zwei Jahren süchtig sind und die zwei Entzugs-, Therapie- oder Substitutionsversuche hinter sich haben. Das Ziel ist, die Leute von der Drogenszene fernzuhalten und sie wieder in die Gesellschaft zu integrieren.

Der Bund, 11.04.2019

**Kommentar EgD:** 25 Jahre Heroinabgabe im Kanton Bern wurde als grosser Erfolg gefeiert. Wir sind aber überzeugt, dass spätere Generationen diese Zeit der Rauschgiftabgabe durch den Staat aufarbeiten müssen wie heute die medizinischen Versuche in psychiatrischen Kliniken. Denn hunderten von Menschenleben wurde dadurch eine Heilung und bessere Lebensqualität verwehrt.

## Wichtiger Präventionsanlass am UNO-Tag gegen Drogenmissbrauch



Bilder: ZVG



Herzlichen Dank allen für die Unterstützung und ehrenamtliche Arbeit bei den Standaktionen! Wir hatten viele interessante Begegnungen mit Jung und Alt, vor allem positive!



INTERNATIONALER TAG GEGEN DROGENMISSBRAUCH UND ILLEGALEN DROGENHANDEL

# Besuch einer Selbsthilfegruppe der Narcotics Anonymous – ein Erlebnisbericht

Die Begrüssung ist herzlich, Skepsis mir gegenüber ist nicht auszumachen. Zwei Frauen und zehn Männer haben sich rund um einen Tisch versammelt. Berni übernimmt die Begrüssung und erklärt den ersten vorgegebenen Teil des Treffens.

Alle sprechen zusammen das Gelassenheitsgebet von Franz von Assisi: «Gott gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann, den Mut, Dinge zu ändern, die in meiner Kraft stehen und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.»

Dies berührt mich tief, da ich diesen Leitspruch für mein Leben gewählt habe. Er hängt über meinem Arbeitspult. Wie viel schwieriger muss es für süchtige Menschen sein, diese Weisheit umzusetzen! Berni betont, dass wohl jedes Narcotics Anonymous Mitglied «Gott» anders interpretieren würde. Dass aber der Lebensstil, welcher nach spiritueller Erfüllung strebe, die Ziele Freiheit, guter Wille, kreatives Handeln und persönliches Wachstum unterstützen könne und deshalb hilfreich sei.

Dann werden einige Grundsätze verlesen, die eine Genesung ermöglichen sollen. Wichtig sei vor allem, dass Ehrlichkeit, Aufgeschlossenheit und Bereitschaft sich zu verändern, angestrebt würden. Für suchtkranke Menschen, welche zum Teil jahrelang selbstsüchtig, selbstzentriert und ab-

gekapselt gelebt haben, ist dies wahrlich eine Herausforderung. Doch ein Zwölf-Schritte-Programm und vor allem die anderen NA-Mitglieder unterstützen das Ziel einer abstinenten Lebensführung. Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Sucht ein selbstbestimmtes Leben verhindert, dass verschiedenen Personen Schaden zugefügt worden ist, den es wieder gut zu machen gilt.

Da sich die Sucht über Monate und Jahre entwickelt hatte, braucht das Bewältigen aller neuen Eindrücke Zeit, viel Zeit. Deshalb sagten alle gemeinsam: «Hab Geduld». Jedes Mal, wenn jemand etwas sagen wollte, meldete er/sie sich mit den Worten an: «Ich heisse Priska, ich bin süchtig», und die anderen sagten darauf: «Hallo Priska.» Es fiel mir auf, wie respektvoll und mit Achtsamkeit miteinander umgegangen wird. Dann erzählten einige, wie es ihnen geht, und was sie beschäftigt. Während des Meetings werden den anderen keine Ratschläge gegeben; aus den Voten kann jedes das aufnehmen, was für die persönliche Genesung im gegenwärtigen Zustand zielführend ist. Dann werden Schlüsselanhänger in verschiedenen Farben verteilt, je nach Zeitspanne der Abstinenz. Jedes Mitglied wird beklatscht, auch der Neuling, welcher es seit drei Wochen ohne Drogen (Alkohol inbegriffen) geschafft hat.

Ein Thema war auch die Zusammenkunft von über 1'000 Mitgliedern der

Narcotics Anonymous aus aller Welt. Für einige wurden die schmerzlichen Erinnerungen an die Platzspitz-, Letten- oder Kocherpark-Zeit wieder präsent und müssen erst noch verarbeitet werden. Andere empfanden grosse Dankbarkeit, dass sie doch keine hoffnungslosen Fälle sind, sondern drogenfrei leben gelernt haben. Wieder andere verzichteten auf dieses Treffen aus unterschiedlichen Gründen. Bei der Abschlussrunde stehen alle auf und legen ihre Arme auf die Schultern der Nachbarn, so dass ein geschlossener Kreis entsteht. Beim gemeinsamen Sprechen des Gelassenheitsgebets spürt man die Verbundenheit, welche die NA-Mitglieder brauchen, um «heute clean zu bleiben».

Ich selbst war in den 90er-Jahren regelmässig im Kocherpark in Bern, um suchtkranke Menschen aus dieser Hölle zu befreien. Doch alle Therapiestationen hatten für eine Aufnahme hohe «Hürden» aufgebaut. So mussten «Therapie-Eintritts-Willige» zuerst einen Lebenslauf schreiben und darin bestätigen, dass sie nicht von jemandem gedrängt, sondern aus eigenem Willen sich therapieren lassen wollen. Eine Forderung, die kaum jemand aus der offenen Drogenszene erfüllen konnte.

Da mich das Thema «offene Drogenszene» auch wieder aufwühlt, will ich, insbesondere für die jüngeren Semester, einige Auszüge aus meinem damaligen Tagebuch hier veröffentlichen:

## 30 Jahre Narcotics Anonymous: Selbsthilfe für ein drogenfreies Leben

Die Schweizer Sektion von Narcotics Anonymous feierte ihren 30. Geburtstag. Auf dem Platzspitz in Zürich fand vom 19. bis 21. Juli die Europäische Konferenz von Narcotics Anonymous statt.

27 Jahre nach der Räumung des «Needle Park» diskutierten mehr als 1'000 cleane Suchtbetroffene über ihr Leben ohne Drogen. Gegründet wurde die Organisation 1953 in den USA. Heute existiert sie in 139 Ländern.

## Drogenprobleme? Wir können dir helfen!

Besuche ein Meeting in deiner Nähe (Aargau, Basel, Bern, Graubünden, Luzern, Solothurn, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Zürich).

Helpline: 0840 12 12 12

[www.narcotics-anonymous.ch](http://www.narcotics-anonymous.ch)

«Eine junge, abgemagerte Frau stösst ihren Kinderwagen in die Nähe des Tisches, wo Löffel, Spritzen etc. bereitliegen. Schnell hat sie ihren Stoff gekauft und gespritzt, während ihr ca. 1½-jähriges Kind mit grossen, traurigen Augen dem Treiben der Süchtigen zuschaut. Ein junger Mann mit gelblicher Hautfarbe und blasenartigen Wunden rund um den Mund kommt zögernd in den Park. Er beginnt das Gespräch mit mir und erzählt, dass er an starker Gelbsucht erkrankt sei und «Spitalausgang» habe, um sich Stoff zu holen!

Ein gutaussehender Mann kommt in den Park und schliesst mit einem Dealer ein Abkommen. Falls er vier Süchtige finde, die bei ihm einkaufen würden, bekäme er den Stoff gratis. Beim Eingang zum Park stellt er sich hin und hat in Kürze vier Käufer vermittelt. Der erhaltene Stoff sei für einen Kollegen, der mit zwei gebroche-

nen Beinen im Spital liege. Der Spitalpatient hatte nach Drogenkonsum einen Autounfall gemacht. Der süchtige Krankenpfleger, der mit mir über seine Zukunft sprechen will, lädt mich sogar in ein «Beizli» ein. Sein Schicksal berührt mich besonders. Er ist seit 10 Jahren AIDS-krank und hat noch bis vor einem Jahr im Spital Kranke gepflegt!»

Alle Süchtigen, denen ich bei meiner Betreuerätigkeit im Kocherpark begegnet bin, finden ihr Leben «verschissen»: «Das einzige, was für uns gemacht wird, sind die sauberen Spritzen, die gebracht werden. Sonst geht ihnen alles am Arsch vorbei.» Georg, ein Süchtiger, meint: «Ich bin gegen den Kocherpark und den Platzspitz. Es sind kaputte Orte. Schon manches Mal habe ich versucht, meine Sucht loszuwerden und neu zu beginnen. Aber es ist so schwer, wenn ein Drogen-Supermarkt

in der Nähe ist – mit gratis Dienstleistung aller Art.»

Trotz täglich 100-fachen Verstössen der Dealer und Süchtigen gegen das bestehende Betäubungsmittelgesetz, darf die Polizei nicht eingreifen. Die Politik befiehlt, die Drogenszenen gewähren zu lassen.

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen

**Kommentar EGD:** Wir hoffen, dass die Stimmen der NA-Mitglieder weiter gehört werden, und die Medien nicht nur die Meinung der Arbeitsgemeinschaft für risikoarmen Umgang mit Drogen verbreiten. Auch die Politik muss zur Kenntnis nehmen, dass die ARUD (Zürcher Zentrum für Suchtmedizin) von jedem süchtigen Menschen indirekt profitiert, und deshalb deren Ziele in der Drogenpolitik zu hinterfragen sind.

---

## Hilferuf: «Unser Sohn ist heroinsüchtig!»

Unser Sohn (30) konsumiert seit ein paar Jahren Heroin in Form von Folien rauchen. Als ich davon erfuhr, konsumierte er erst gelegentlich. Ich erkundigte mich bei der Drogenberatung, was ich als Mutter dagegen unternehmen könne, damit er nicht ganz in die Sucht gerate. Ziemlich uninteressiert teilte man mir mit, da könne man nichts machen, unser Sohn sei erwachsen.

In der Zwischenzeit möchte er von dem «verfluchten Zeugs» wegkommen. Im Mai war er für knapp drei Wochen in einer Entzugsklinik. Doch schlussendlich hat er den Entzug vorzeitig abgebrochen. Seither nimmt er das Medikament Sevre-Long (ca. 400 mg täglich als Substitution). Gelegentlich greift er aber immer noch zu Heroin. Seit Jahren arbeitet er nicht mehr, ausser ab und zu. Er hat auch grosse Schulden. Seit zwei Jahren bezieht er Sozialhilfeleistungen und wohnt offiziell bei uns, inoffiziell bei seiner Freundin in einem anderen Kanton. Diese ist auch drogenabhängig und bezieht Sozialhilfeleistungen

von dort. Wir können nicht verstehen, dass unser Sohn von der Gemeinde zwar immer Geld bekommen hat, dass man ihn aber bei all seinen weiteren Probleme nicht unterstützte. Wir fänden es gut, wenn er an einem Arbeitsprogramm hätte teilnehmen müssen.

Und nun kommt unser Problem: Letzte Woche haben wir vom Sozialamt einen Brief erhalten, in dem wir zu einem Gespräch betreffend «Verwandtenunterstützung» eingeladen wurden. In dem Brief wurde bereits angekündigt, dass gemäss unseren Steuerdaten die maximale Verwandtenunterstützung Fr. 1'816.70 pro Monat betrage. Wir sind geschockt, entsetzt, wütend, hilflos! Mein Mann und ich sind beide um die 62 Jahre alt. Mein Mann hat im Sinn, sich frühzeitig pensionieren zu lassen. Doch die monatlichen Zahlungen an unseren Sohn sind in unserem Pensionierungsplan nicht vorgesehen.

Wissen Sie Rat oder können Sie uns jemanden empfehlen, der uns weiterhelfen kann? Ist es wirklich so, dass

die Gemeinde von uns Eltern Unterstützung für unseren 30-jährigen Sohn verlangen darf? Erwähnen möchte ich noch, dass dieser bereits einige Schulden bei uns hat.

**Kommentar EGD:** Tatsächlich steht im Zivilgesetzbuch (Art. 328), dass wer in günstigen Verhältnissen lebt, verpflichtet sei, Verwandte in auf- und absteigender Linie zu unterstützen, die ohne diesen Beistand in Not geraten würden. Wie das konkret ausgestaltet wird und wie weit diese Unterstützungspflicht geht, ist im Einzelfall nicht ganz einfach nach zu vollziehen. Je nach Kanton ist die Praxis verschieden.

Für uns ist es unverständlich, dass Drogenberatungsstellen und Sozialämter die Drogensucht bagatellisieren und betroffene Eltern im Stich lassen, letztere aber dann zahlen sollen. Eltern sollten darauf beharren, dass das Sozialamt beispielsweise einen Platz in einer erfolgreichen Therapiestation wie San Patrignano bei Rimini in Italien organisiert.

# Nationalrätin fordert Cannabis-Prävention – Bundesrat lehnt ab



**Nationalrätin Andrea Geissbühler (SVP/BE) reichte im Parlament folgende Motion ein: Der Bundesrat wird beauftragt, eine Kampagne zur Cannabisprävention zu lancieren, analog zu den Kampagnen gegen Alkohol am Steuer und gegen das Rauchen.**

Die Bevölkerung hat 2008 zur Vier-

Säulen-Drogenpolitik «Ja» gesagt und die Cannabislegalisierung abgelehnt. Die Präventionssäule wurde aber bis heute unzureichend berücksichtigt, obwohl die Prävention im Drogenbereich sehr wichtig wäre. Eine wirkungsvolle Prävention muss zu einer Reduktion der Nachfrage beitragen, indem die Widerstandskraft des Jugendlichen gegen Rauschmittel gestärkt wird. Die Politik muss deshalb dafür sorgen, dass durch eine sachliche Aufklärung auf die grossen Gefahren und Gesundheitsschädigungen des Cannabiskonsums aufmerksam gemacht wird. Das Angebot von Drogen, insbesondere von Cannabis, muss möglichst klein gehalten und der Zugang unterbunden werden. Der Konsum des Suchtmittels Cannabis ist erwiesenermassen gesundheitsschädigend, rauscherzeugend und macht abhängig. Auch im Strassenverkehr nehmen die Probleme beim «Fahren unter Drogen» massiv zu. Schweizweit hat sich die Anzahl der Fahrausweiszüge wegen «Einflusses von Medikamenten oder

Drogen» in den letzten Jahren verdoppelt.

**Kommentar EgD:** Bei verbotenen Suchtmitteln könne keine Präventionskampagne gemacht werden, schreibt der Bundesrat in seiner ablehnenden Antwort. Diese Begründung ist schlicht falsch, gibt es doch Broschüren, Flyers und andere präventive Aktivitäten (z.B. unsere Standaktionen mit Cannabis- und Alkohol-Brillen) zu verbotenen Verhaltensweisen. Wir alle kennen die Kampagnen gegen Diebstahl, Gewalt, Stalking, Handygebrauch am Steuer oder Rasen. Auch die Plakatkampagne zur Werbung für die Heroinabgabe («Jeder Süchtige schafft den Ausstieg») wurde vom Bundesamt für Gesundheit lanciert und finanziert, obschon Heroin ein illegales Suchtmittel war und heute noch ist. Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen erwartet vom Bundesrat endlich eine Präventionskampagne betreffend Cannabis.

## Cannabis-Besitz in der Schweiz: Jugendliche können nicht mehr zu einem Präventionskurs verpflichtet werden

Jugendliche, die mit weniger als zehn Gramm Drogenhanf in der Tasche erwischt werden, gehen künftig wie Erwachsene straffrei aus. Dies hat das Bundesgericht entschieden. Die SVP und die vor Gericht unterlegene Oberjudenadvokatur des Kantons Zürich haben bereits Kritik am Urteil geübt, nun schaltet sich der Generalsekretär der Polizeibeamten, Max Hofmann, in die Debatte ein.

### Was halten Sie vom jüngsten Urteil des Bundesgerichts?

*Max Hofmann:* Der Entscheid mag dem Gesetz entsprechen, die Konsequenzen sind allerdings höchst widersprüchlich. Geht es um Drogen, spre-

chen alle immer von Jugendschutz. Da steht dieses Urteil reichlich schräg in der Landschaft.

### Weshalb? Der Konsum wird ja weiterhin strafrechtlich verfolgt.

Ja, aber das Zeichen ist fatal. Halten wir einen Jugendlichen mit 9,5 Gramm Cannabis im Rucksack auf, müssen wir ihn künftig ziehen lassen. Dabei reicht diese Menge für etwa 20 Joints. Es wäre wichtig, dass sich ein solcher Jugendlicher mit den gesundheitlichen Gefahren auseinandersetzen würde. Doch zu einem Präventionskurs verpflichten, können ihn die Behörden nach dem Urteil leider nicht mehr.

### Die Entkriminalisierung ist doch politisch gewollt.

Wir wollen die Jugendlichen ebenfalls nicht kriminalisieren. Aber wir müssen sie vor den Gefahren schützen. Studien zeigen, dass sich die Gehirne von jungen Menschen deutlich verändern, wenn sie Cannabis konsumieren. Deshalb ist Vorsicht geboten.

### Müssten Sie nicht froh sein über das Urteil aus Lausanne? Schliesslich werden die Polizeibeamten künftig weniger eingreifen müssen.

Daran habe ich Zweifel, schliesslich ist die Substanz weiterhin verboten und wird deshalb eingezogen. Vor allem aber sind wir Polizeibeamten

auch Menschen. Es geht um den Jugendschutz, der ist uns wichtig. Es ist doch völlig absurd: Bei Alkohol und Tabak ist allen klar, dass es für Minderjährige strengere Regeln braucht. Doch ausgerechnet beim Besitz vom Cannabis – einer verbotenen Substanz – sind Jugendliche und Erwachsene gleichgestellt!

### **Ist das ein Appell an die Politik?**

Die Cannabis-Politik muss von Grund auf hinterfragt werden. Die geltenden Gesetze sind schwammig und widersprüchlich. Es kann nicht sein, dass wir Polizisten weiterhin diese Misere ausbaden müssen. Die Polizei braucht ein klares Gesetz mit einem starken Jugendschutz, das umsetzbar ist. Das ist mein Appell an die Politik.

### **Und wie soll dieses Gesetz konkret aussehen?**

Das ist Sache der Politik.

### **Die hat ja bereits reagiert. Seit Oktober 2013 kann die Polizei kif-fende Erwachsene mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken belegen eine deutliche Entlastung für die Strafverfolgung.**

Für die Justiz, ja. Nicht aber für die Polizei, das hat eine Studie klar gezeigt. Uns bringt das System der Ordnungsbussen vor allem mehr Arbeit. Viele Kiffer können oder wollen die Busse nicht gleich vor Ort begleichen. Wir müssen dann im Büro eine Rechnung stellen und teilweise ein Verfahren zur Einziehung des Geldes eröffnen. Von Entlastung kann keine Rede sein!

### **Die Politik arbeitet auch an Pilotprojekten zur versuchsweisen Abgabe von Cannabis in den Städten.**

Und auch hier wird die Polizei die Sache ausbaden müssen. Wer wird kontrollieren, dass der THC-Gehalt nicht über der Norm liegt? Wer wird sicherstellen, dass der Hanf nicht weiterverkauft wird? Wer kontrolliert die Abgabebetriebe? Das wird ein Chaos



Symbolbild: ZVG

bei der Umsetzung geben. Dabei haben wir schon genug zu tun.

### **Wen sehen Sie in der Verpflichtung?**

Der Bund macht es sich viel zu einfach. Er will die Pilotprojekte zulassen, stellt aber keinen Franken zur Verfügung. Und die Städte sind sich ebenfalls nicht bewusst, auf was sie sich da einlassen. Wir haben langsam genug. Es wird immer mehr von uns verlangt, ohne dass wir das nötige Personal dafür erhalten.

### **Ist es nicht sinnvoll, dass die Politik im kleinen Rahmen ausprobiert, welche Folgen eine Legalisierung haben würde?**

Es braucht keine weiteren Tests. Es gibt genügend Erfahrungen aus anderen Ländern. Wir müssen endlich die Diskussion führen, wie wir mit dieser Substanz umgehen wollen: Braucht es eine kontrollierte Legalisierung? Oder im Gegenteil strengere, aber praxistaugliche Regeln? Mit den Pilotprojekten verlieren wir weitere zehn Jahre. Für die Polizisten geht damit die unbefriedigende Lage weiter.

### **Ihr Verband hat kürzlich das Cannabis als «politisches Sorgenkind» bezeichnet. Was meinen Sie damit?**

Die unbefriedigende Strafverfolgung von Cannabis ist alt und allen bekannt. Doch die Politik ist unter einer Cannabis-Rauchwolke verschwunden. Die Sicht ist getrübt und eine Lösung nicht absehbar. Ich frage mich ernsthaft, ob nach elf Jahren eine erneute Volksabstimmung nicht Klarheit schaffen könnte. Es braucht einen Befreiungsschlag des Volkes. Dann hätten wir Klarheit, in welche Richtung es gehen soll. Das könnte die Arbeit der Polizei stark erleichtern.

### **Es ist eine Volksinitiative in Vorbereitung. Unterstützen Sie diese?**

Das werden wir zu gegebener Zeit entscheiden. Begrüssenswert ist auf alle Fälle die grundsätzliche Debatte. Wir sind derzeit in Detaildiskussionen gefangen. Anstatt die Bedingungen einer Legalisierung für Erwachsene zu diskutieren, hebeln wir den Jugendschutz aus. Das ist irrsinnig.

Roger Braun, Watson.ch, 24.7.2019

## **Mit Auto/Velo unterwegs?**

Immer mehr Verkehrsteilnehmende fahren unter Drogeneinfluss! Somit steigt das Risiko für uns alle, unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden.

Informieren Sie sich!

**EgD**

Schweizerische Vereinigung  
**Eltern gegen Drogen**

[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

# Kinder- und Jugendärzte warnen vor Legalisierung von Cannabis

Kinder- und Jugendärzte haben zum Weltdrogentag die Bemühungen zur Legalisierung von Cannabis kritisiert. Alle Initiativen, die den legalen Konsum für Erwachsene erreichen wollen, hätten keine Strategie, um sicherzustellen, dass Cannabisprodukte nicht an Minderjährige weitergegeben werden, sagte der Generalsekretär der Deutschen Akademie für Kinder- und Jugendmedizin, Hans-Iko Huppertz. Der Konsum von Cannabis in jungen Jahren stehe mit vorzeitigen Schulabbrüchen und Misserfolgen in der

Bildung in Verbindung, hiess es. Negative Auswirkungen könnten sich demnach auch bei der Entwicklung des Gehirns und der Persönlichkeit sowie im sozialen Bereich zeigen. «Durch eine Legalisierung von Cannabis werden die gesundheitlichen Gefahren des Cannabiskonsums verharmlost und jahrzehntelange erfolgreiche Präventionsbemühungen im Suchtbereich konterkariert», so Huppertz.

Aerzteblatt.de, 25.6.2019



 JEUNESSE SANS DROGUE  
GIOVENTÙ SENZA DROGHE  
JUGEND OHNE DROGEN [www.jod.ch](http://www.jod.ch)

## Empfehlung für die Nationalratswahlen

Die Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen wünscht sich eine Vertretung im Nationalrat, welche sich für eine möglichst suchtmittelfreie Gesellschaft einsetzt. Es kann nicht sein, dass Betäubungsmittel beim Staat bezogen werden dürfen, die Folgekosten aber von der Allgemeinheit berappt werden müssen!

Auf [www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch), unserer Präsenz im Internet, haben wir für Sie eine Liste von Nationalräten aufgeschaltet, die sich im Parlament gegen die Schaffung eines sogenannten «Experimentierartikels» – und damit gegen die Cannabislegalisierung durch die Hintertüre – gestimmt haben.

Die Vereinigung Eltern gegen Drogen empfiehlt Ihnen, im Herbst diese Vertreter wieder in den Nationalrat zu wählen!



## Werden Sie Mitglied!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich unser Informationsbulletin, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Beitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

- Einzelmitglied** (Jahresbeitrag Fr. 30.–)
- Ehepaar-Mitglied** (Jahresbeitrag Fr. 50.–)
- Gönner** (Beitrag nach freiem Ermessen)
- Ich will das Informationsbulletin *EgD info* abonnieren. (Fr. 20.–; erscheint 4x im Jahr)
- Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein. (PC Konto 30-7945-2)

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

Datum / Unterschrift \_\_\_\_\_

**Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern**

## Impressum

**Herausgeberin:**  
Schweizerische Vereinigung  
Eltern gegen Drogen,  
Postfach, 3001 Bern  
[elterngegendrogen@bluewin.ch](mailto:elterngegendrogen@bluewin.ch)  
[www.elterngegendrogen.ch](http://www.elterngegendrogen.ch)

**Spendenkonto:**  
PC 30-7945-2  
Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

**Redaktionsteam:**  
Dr. med. Theodor Albrecht  
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa  
Sabina Geissbühler-Strupler

**Layout:** Optimovum GmbH, 3018 Bern

**Druck:** Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22,  
3123 Belp, [info@jordibelp.ch](mailto:info@jordibelp.ch)